Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr 3.,
Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 12. Abendblatt. Freitag, den 8. Januar 1869.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Erster Gegenstand ist Vorberathung des Staatshaushalts-Etats pro 1869. Direkte Steuern.

In der allgemeinen Besprechung dieses Etats sprachen die Abgg. Grumbrecht, Buddenberg und Wiese über die Ungleichheit der Steuer-Veranlagung in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein. — Der Regierungs-Kommissar Geh. Rath Ambronn erwidert, daß im Jahre 1867 in den neuen Provinzen eine interimistische Veranlagung der Steuern erfolgt sei. Gegen dieselbe seien bereits im vorigen Jahre hier im Hause Bedenken erhoben, welche indessen, wie er konstatiren könne, unbegründet gewesen seien. Die erhobenen Beschwerden, von denen ein sehr ausgedehnter Gebrauch gemacht worden, seien einer gründlichen Prüfung unterworfen, und wo deren Begründung für das Jahr 1869 hätte noch auf diesem Intermistikum erfolgen müssen, weil es in den neuen Provinzen noch an verschiedenen in den alten Provinzen vorhandenen Institutionen fehlt. — Die Behörden verfahren, so fügt der Regierungs-Kommissar hinzu, überall nach Maßgabe des Gesetzes und in keinem Falle habe das Ober-Steuer-Kollegium sich herausgenommen, gegen ausdrückliche Bestimmungen des Gesetzes zu handeln. Die Staats-Regierung sei übrigens von der Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform der Gewerbesteuer überzeugt.

In Folge dieser letzteren Erklärung zieht der Abg. Hagen einen von ihm gestellten, auf diesen Gegenstand bezüglichen Antrag zurück, indem er dabei den Wunsch ausspricht, daß die Reform auch auf die Strafbestimmungen ausgedehnt werden möge. Damit ist die allgemeine Besprechung beendet.

Zu Titel 1 der Einnahme „Grundsteuer" liegt folgender Antrag des Abg. Ahlmann vor: „Die Staatsregierung aufzufordern: die Grundsätze, nach welchen in Schleswig-Holstein die Trennung der Dominialgefälle von den Grundsteuern eingeleitet werden soll, baldmöglichst in geeigneter Weise bekannt zu machen und der Begutachtung der schleswig-holsteinischen Provinzial-Vertretung zu unterbreiten."

Die Abgeordneten Lorentzen und Wiese vertheidigen diesen Antrag unter völliger Unaufmerksamkeit des Hauses. Der Reg.-Komm. Ambronn erklärt sich dagegen. Der Antrag des Abg. Ahlmann wird abgelehnt.

Bei der klassifizirten Einkommensteuer und Klassensteuer erhebt sich eine längere Debatte zwischen den Abgeordneten Grumbrecht und Buddenberg und dem Reg.-Kom. Ambronn über die Einschätzungen in der Provinz Hannover und über die ungleiche Vertheilung in den einzelnen Verantagungs-Bezirken unter einander und den Veranlagungsbezirken der alten Provinzen gegenüber. Der Regierungs-Kommissar rechtfertigt das Verfahren des Ober-Steuerkollegiums. — Anträge sind nicht gestellt. Die Positionen werden genehmigt.

Zu Titel V. Gewerbesteuer rechtfertigt der Abg. Muntau folgenden Antrag: „Die Staatsregierung aufzufordern: daß sie dem Landtage möglichst bald einen Gesetzentwurf vorlegt, durch welchen der gegenwärtige, rein auf Bauart, Wasserkraft, Pferdekraft basirte, Gewerbesteuermodus für das Müllergewerbe beseitigt und die Besteuerung des Müllergewerbes nur nach dem Geschäftsumfange des Gewerbes, abgeschätzt durch Sachverständige, herbeigeführt wird."

Der Reg.-Komm. Ambronn wiederholt, daß die Aufmerksamkeit der Regierung auf diesen Gegenstand seit langer Zeit gerichtet sei. Die Regierung müsse jedoch Anstand nehmen, solche Zusicherungen jetzt zu machen, weil es in der Absicht der Regierung liege, zunächst die neue Gewerbe-Ordnung abzuwarten.

Abg. Becker: Er wolle nur konstatiren, daß die Staatsregierung bereits im Februar 1867 eine fast gleichlautende Erklärung abgegeben habe. (Heiterkeit!)

Der Antrag Muntau wird angenommen und die übrigen Positionen dieses Etats ohne weitere Diskussion genehmigt.

Der Handelsminister Graf Itzenplitz überreicht hierauf einen Gesetzentwurf, welcher sich auf die Konstituirung der Handelskammern bezieht. Es ist bekannt, so fügt er hinzu, daß die Handelskammern in einem großen Theile der Monarchie auf einer Verordnung vom Jahre 1849 beruhen, die sich im Großen und Ganzen bewährt. Einzelne Punkte sind indessen hervorgetreten, die einer Verbesserung bedürfen, und außerdem giebt es in einzelnen Theilen des Landes Handelskammern noch nicht. Es handelt sich jetzt nicht um Einführung neuer Grundsätze, sondern um Ausbau der alten bewährten und Ausdehnung auf die ganze Monarchie. Die Vorlage wird an die Kommission für Handel und Gewerbe gewiesen.

Darauf schließt die Sitzung um 3¼ Uhr. — Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr. — Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen und Nachtragsgesetz zum Staatshaushaltsetat.

Deutschland.

☐ **Berlin**, 7. Januar. Schon früher ist von uns die Nachricht einiger Zeitungen erwähnt und zugleich auch widerlegt worden, daß dem Herzoge v. Cambridge eine Theilnahme an der Verwaltung des Welfenfonds von Seiten der Regierung eingeräumt werden solle. Die Sache wird jetzt in den Zeitungen von Neuem aufgefrischt und dabei den Offiziösen eine Verdunkelung des Sachverhältnisses vorgeworfen. Die offiziösen Mittheilungen stellen sich aber auch hier wieder zuverlässiger als die liberalen Nachrichten heraus. Es ist nämlich festzuhalten, daß in den Regierungskreisen die Absicht, dem Herzog von Cambridge eine Theilnahme an der Verwaltung des sequestrirten Vermögens des Königs Georg zuzugestehen, niemals bestanden hat. Damit ist natürlich die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß von Seiten des Herzogs von Cambridge und der ihm durch Verwandtschaft nahe stehenden Kreise der Wunsch nach einer solchen Theilnahme ausgesprochen sein kann. — Der Legationsrath Grimm im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ist zum Konsul des norddeutschen Bundes in Konstantinopel ernannt worden. — In den Zeitungen wird die Nachricht mitgetheilt, daß der Gerichts-Assessor Joël (Israelit) zum Richter beim Kreisgericht in Stralsund ernannt worden sei und dabei gleichzeitig die liberale Praxis des jetzigen Justizministeriums gerühmt, insofern die jüdischen Assessoren früher nie zu Richtern, sondern nur zu Rechtsanwälten ernannt worden wären. Das Sachverhältniß ist indessen hiermit nicht richtig dargestellt. Herr Joël ist nicht zum Richter ernannt, sondern nur von hier zum Hypothekenamt in Stralsund behufs der Geschäftshülfe deputirt worden.

Berlin, 8. Januar. Se. Maj. der König arbeitete gestern Vormittags mit dem General v. Podbielski, welcher den zur Jagd nach Pommern verreisten Kriegsminister v. Roon vertritt, und dem Chef des Militär-Kabinets v. Tresckow, machte darauf um 2 Uhr eine Spazierfahrt und konferirte nach der Rückkehr mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck.

— Die Prinzen Albrecht und Friedrich Karl, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin sind gestern Abends vom Schlosse Göhrde in Hannover zurückgekehrt.

— Der Bundesrath des norddeutschen Bundes hat in seiner Sitzung vom 19. Dezember beschlossen, eine Kommission von Aerzten und Apothekern behufs Bearbeitung einer Pharmakopöe für den norddeutschen Bund zu berufen und die Regierungen von Sachsen, Preußen und Mecklenburg-Schwerin um Bezeichnung der zur Bildung dieser Kommission abzuordnenden Persönlichkeiten zu ersuchen.

— Wie mitgetheilt, ist dem Bundesrathe bei seinem Wiederzusammentritte zu Anfang des vorigen Monats auch eine Präsidialvorlage über die Frage der Entschädigung bei unverschuldeten Unglücksfällen gemacht worden. Es ist diese Vorlage veranlaßt durch eine Leipziger Petition, welche seiner Zeit sowohl an den Reichstag, als auch an den Bundeskanzler direkt gerichtet worden ist. Bei den heutigen Arbeiter- und Verkehrsverhältnissen ist der hier berührte Punkt von der eminentesten Bedeutung. In der betreffenden Petition ist darauf hingewiesen, wie höchst unzureichend in der deutschen Gesetzgebung für Leben und Gesundheit aller der Menschen gesorgt sei, die in Fabriken oder Bergwerken der Verletzung durch Maschinen oder entfesselte Naturkräfte ausgesetzt sind, oder die sich der Eisenbahnen, Dampf- und Segelschiffe als Transport- und Verkehrsmittel bedienen. Wie man nun hört, soll die vorhin erwähnte, zu Anfang des vorigen Monats dem Bundesrath gemachte Vorlage des Präsidiums der Petition keineswegs entsprechen; sie soll sich nur auf Fabrik- und Bergwerksarbeiter, also nicht auch auf Eisenbahn- und Schiffspassagiere und die mit denselben in Bezug auf das beregte Verhältniß in Zusammenhang stehenden Punkte beziehen.

— Das 3. Verzeichniß der beim Hause der Abgeordneten eingereichten Petitionen umfaßt deren 414, darunter allein 217, welche der Unterrichts-Kommission zur Berathung überwiesen worden sind, 38 Petitionen, welche die Preßgesetzgebung, resp. den Duncker-Ebertyschen Entwurf angehen. Sonst sind auch eigenthümliche Forderungen aufgeführt. Da hat ein Ingenieur Riese in Praga sich an das Abgeordnetenhaus gewendet und um diplomatische Hülfe gebeten, um eine Kaution von den Warschauer Behörden zurückzuerhalten, die er behufs Erfüllung des Kontrakts, Warschau mit Porphyrwürfelsteinen zu pflastern, geleistet und welche einbehalten wird, weil er wegen der im Jahre 1863 ausgebrochenen Revolution nicht pflastern konnte. — Die Königsberger Kaufmannschaft erklärt sich gegen die Kartellkonvention mit Rußland; der langjährige Kunde Dr. Bertrand zu Koblenz will in seinen Rechten geschützt sein, der Gastwirth Kretzer plaidirt für ein Centralfindelhaus in Berlin, hier wird die Gleichstellung der jüdischen Rittergutsbesitzer mit den christlichen in Ausübung der ständischen und Patronatsrechte verlangt, dort fordert ein Hamburger 1000 Thlr. znr Uebersiedelung nach Amerika, während ein Dritter aus Nordamerika gern in die Heimath zurückkehren möchte, wenn das Abgeordnetenhaus ihm eine Küsterstelle verschafft. — Anträge auf Eisenbahnbauten, Klassensteuer-Ermäßigungen, Herstellung der hannöverschen Lotterien fehlen natürlich nicht.

Insterburg, 7. Januar. Nach Berichten des Chefs des Georgenburger Zollbezirks hat ein blutiger Zusammenstoß zwischen Schmugglern und russischen Grenzsoldaten stattgefunden. Bei demselben wurden 2 Schmuggler getödtet, mehrere verwundet und gefangen genommen. Erbeutet wurden 5 Schlitten mit Waaren und 13 Faß Spiritus. Die Schmuggler gehören sämmtlich der russischen Nationalität an.

Hamburg, 6. Januar. Der Rheder Heydorn und sein Kapt. Popp vom Schiffe „Zanzibar" sind vorgestern ihrer Haft gegen Stellung einer Kaution entlassen worden. Diesmal braucht man an dem Worte Kaution keinen Anstoß zu nehmen, denn die Summe beträgt, wie ich höre, Mark Bco. 60,000 (30,000 Thlr.). Die Angelegenheit scheint also ernsthaft aufgefaßt zu werden. Warten wir ab, was danach kommt, bei einer geheimen Justiz. Diese Justiz hat gerade jetzt wieder eine nette Frucht producirt. Ich schrieb Ihnen letzthin, Hr. Sloman sei verreist. Heute hieß es bereits „He is utkneepen". Der Widersinn dieses Gerüchtes liegt auf der Hand, denn Hr. S. ist keiner formell „ungesetzlichen" Handlung, für welche er verantwortlich gemacht werden könnte, anzuklagen. Viel glaubwürdiger erscheint eine andere Version, nach welcher S. sich p. t. in England aufhält, um eine Concurrenzlinie von Steamern mit der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft in's Leben zu rufen. Daß aber solche Schwätzereien, wie die zuerst erwähnten, überhaupt möglich sind, zeigt, wie wenig Vertrauen selbst hier zu unserer Justiz herrscht. Das Publikum will heutzutage einmal au courant der gerichtlichen causes célèbres bleiben und bei uns leben wir noch so ziemlich in den Zeiten Weidig's und Georgi's. So weiß z. B. kein Mensch, daß unsere Polizei die Untersuchung in der delikaten Pastor Behrens'schen Sache wieder aufgenommen hat. Ganz Hamburg glaubt an fortgesetzte Vertuschung. Durch einen reinen Zufall erfuhr ich heute, daß die Angelegenheit nicht ruht. Ist das nnn kleinstädtischer Hochmuth, oder was ist es? — Freilich, die kürzlich beobachtete Fußangelntheorie in Preßsachen, wo man ein satyrisches Wochenblatt 9 (nicht 6) Monate ruhig gewähren ließ und jetzt plötzlich gleichzeitig mit der Creirung eines neuen Staatsauwaltssubstituts (ein eigentlicher Staatsanwalt fehlt in Hamburg!) aus den letzten 6 Monaten ca. 30 Prozesse zusammenaddirt, — ein solches sinnlos Operiren giebt zu denken. Der junge Fiskal ist noch nicht politisch reif, um in der Bürgerschaft „Ja" oder „Nein" zu sagen, d. h. er ist noch nicht im wahlfähigen Alter, im Stadtparlamente zu sitzen, aber politische Diskussionen im Gericht kann er als Organ des Senats führen! Er ist ein Bürgermeistersohn, der durch jugendliche Hitze wahrlich unsere Zustände in den Augen ernsthafter Leute nicht entmottenburgert. Sie haben Recht vom „Zerfall der Kleinstaaten" zu reden Man brancht sie gar nicht zu annektiren, sie geben sich selbst intellektuell und materiell einen Gnadenstoß nach dem andern. Warum? Weil sie „Staaten" spielen wollen statt möglichst politisch freie Gemeinden zu sein.

Dresden, 6. Januar. (Dr. Nachr.) Man erinnert sich der von mehreren in Dresden lebenden preußischen Rentiers mit vollem Fug und Recht erhobenen Beschwerden über ihre doppelte Heranziehung zur klassifizirten Einkommensteuer in Preußen und zur Rentensteuer in Sachsen. Sie wendeten sich mit einer Petition an den norddeutschen Reichstag, uud der Staatsminister von Friesen sagte damals die Bereitschaft Sachsens zu, diesem Uebelstande im Wege der Bundesgesetzgebung Abhülfe zu schaffen. Gleich dmals verbreitete sich aber hier das Gerücht, Graf Bismarck habe, als man ihm den Fall vorgetragen, ausgerufen: „Ja, da kämen die Staaten am besten weg, welche vermöge ihrer landschaftlichen und sonstigen Reize die stärkste Anziehungskraft auf die norddeutschen Bundesbrüder ausüben!" (Denn wenn im Wege der Bundesgesetzgebung die Doppelbesteuerung abgeschafft wird, so kann rationeller Weise die Rentensteuer nur in dem Staate erhoben werden, wo sich der Betreffende aufhält.) Nun ziehen sich aber im Allgemeinen mehr Rentner aus Preußen nach Sachsen zurück, als umgekehrt. Neuerdings ist nun der für die in Sachsen lebenden preußischen Rentner unangenehme Fall eingetreten, daß die Frage nicht auf dem Wege der Bundes-, sondern der preußischen Partikular-Gesetzgebung erledigt wird. Man hat daselbst entschieden, daß das norddeutsche Freizügigkeits-Gesetz zwar allen Norddeutschen die Befugniß gebe, an jedem beliebigen Orte Norddeutschlands Aufenthalt zu nehmen, daß dasselbe aber „selbstverständlich" nicht den Preußen von der Verpflichtung befreie, die ihm als Preußen obliegenden Steuern zu zahlen. Es bleibt hiernach unseren verehrten preußischen Gästen nichts übrig, wenn sie es nicht bei dem bisherigen Modus der Doppelbesteuerung belassen wollen, als aus dem preußischen Unterthanen-Verhältniß zu scheiden und in den sächsischen Staatsverband zu treten oder uns zu verlassen und in ihre Heimath zurückzukehren. Hoffen wir, daß der nächste Reichstag eine andere Entscheidung herbeiführt und die Doppelsteuer durch ein Bundesgesetz abschafft; es könnten sich sonst manche norddeutsche Rentiers durch das Schreckbild der Doppelbesteuerung abhalten lassen, zu uns zu ziehen.

München, 6. Januar. (Post). Der Jahreswechsel hat in unserer Stadt mannigfaltige Veränderungen auf journalistischem Gebiet mit sich gebracht. Als Organ der liberalen Mittelpartei erscheint die „Bairische Landeszeitung", die vor Allem als Stütze des gegenwärtigen Ministeriums dienen soll; in Bezug auf die deutsche Frage strebt sie die nationale Einigung an durch Ausdehnung der Zuständigkeit des Zollvereins oder, wenn es nicht anders geht, durch besondere Verträge in allen Fragen, die hiefür passen und die der künftigen Gestaltung Deutschlands nicht präjudiziren. — Im Monstreformat der „Times" erscheint — oder vielleicht ist schon im gegenwärtigen Augenblicke das Imperfekt: „erschien" richtiger am Platze — der „Hochdeutsche Postcourier", „zur Förderung indogermanischer Interessen überhaupt und des deutschen Alpengebiets insbesondere". Der Argwohn, daß ultramontane Sustentation zur Gründung dieses Journals verwandt worden sei, hat sich als durchaus irrthümlich erwiesen, denn sogleich die erste Nummer kündigte an, daß die Redaktion vor Allem den Kampf gegen das fettgemästete Bonzenthum sich zur Aufgabe gestellt habe. Eine andere Vermuthung geht dahin, daß die entthronten deutschen Fürsten, insbesondere der Herzog von Nassau, bei diesem jüngsten Kinde der Journalistik Pathenstellen vertreten wollten. So viel ist aber gewiß, daß der „Postcourier" weder den fettgemästeten Bonzen großen Schaden bringen, noch den Opfern des Jahres 1866 die verlorenen Kronen wieder aufs Haupt schaffen wird, — es ist durch eine indiskrete Zunge die Nachricht ins Publikum gedrungen, daß für das neue Journal sich nur — 22 Abonnenten gefunden haben! Requiescat! Den „Bairischen Courier" haben drei Herren vom patriotischen Verein angekauft, hauptsächlich in der Absicht, das inserirende Publikum von dem rührigsten, wenn auch unscheinbarsten Organ der Fortschrittspartei, den „Neuesten Nachrichten" abzuziehen und dadurch die nicht zu unterschätzende Bedeutung dieses Blättchens zu untergraben. Der „Volksbote" endlich steht nur mehr auf altersschwachen Füßen; wenn unter der Redaktion des mecklenburgischen Renegaten Zander die Kapuzinerpredigten des „Blättls" oft nicht ohne Salz waren, so sind die Ergießungen der neueren Nummern nur mehr im Ton und nach dem Geschmack eines „Fischweibs" gehalten. Daß dieser harte Ausdruck nicht ungerechtfertigt, wird aus den nächsten Verhandlungen des Schwurgerichts erhellen, vor das der ehrenwerthe Redakteur geladen ist, weil er für den König von Preußen Ehrentitel erfunden, die ich in diesem Blatte wiederzugeben Scheu tragen muß. Den neuesten telegraphischen Nachrichten ist zu entnehmen, daß die Wiederwahl des Zollparlaments-Abgeordneten Graf Luxburg, der vor einigen Monaten als Regierungs-Präsident nach Würzburg versetzt worden war, im Wahlbezirk Kissingen als gesichert zu betrachten ist.

München, 7. Januar. Durch eine Königliche Verordnung wird der Dienst in der Bürgerwehr dahin erleichtert, daß die Dienstpflicht mit dem fünfzigsten Lebensjahre endet, daß nur Gemeindebürger zum Dienste verpflichtet sind und daß jährlich höchstens vier Waffenübungen stattfinden sollen.

Ausland.

Wien, 6. Januar. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht heute die beiden von dem Kaiser sanktionirten Gesetze, betreffend die Versöhnungsversuche vor gerichtlichen Ehescheidungen und die Eheschließung zwischen Angehörigen verschiedener christlicher Konfessionen. Der vor einigen Tagen mitgetheilte Entwurf eines Volksschulgesetzes, welcher allerdings noch nicht einmal die Berathungen und die Gutheißung des Ministerraths passirt hat, hat allseitige Zustimmung erhalten. Eine Hauptbedingung für die volle Anwendung und Wirksamkeit desselben ist aber das Inslebentreten des Schulaufsichtsgesetzes, welches, wie es scheint, nicht so bald stattfinden dürfte, als zu wünschen wäre. Heute gerade liegt die Nachricht vor, daß dieses Gesetz zur Umarbeitung eines Paragraphs in der nächsten Landtagssession an den böhmischen Landesausschuß zurückgelangte. Man kann nun mit Sicherheit annehmen, daß das Gesetz, wie es von den reindeutschen Landtagen beschlossen wurde, nämlich mit der Aenderung im liberalen Sinne, welche im böhmischen Landtag nicht durchdrang, gegenwärtig nicht der Kaiserl. Sanktion empfohlen wurde.

— Einiges Aufsehen macht die Meldung, daß der „Volksfreund" auf Verfügung der hiesigen Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt worden ist, und daß dies geschehen wegen des in diesem Blatte erhaltenen

päpstlichen Schreibens an den Redakteur des ultramontanen „Tiroler Volksblatt“.

— Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß der Ausgleich mit den Polen schon demnächst an die Tagesordnung gesetzt werden dürfte. Wie man hört, hat sich der Ministerrath in einer seiner jüngsten Sitzungen mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise das Ministerium die ihm unterbreitete Resolution des galizischen Landtages zu erledigen habe, ohne indeß zu einer definitiven Schlußfassung hierüber zu gelangen. So viel man hört, standen sich diesbezüglich im Ministerrathe zwei Anschauungen gegenüber. Von der einen Seite — und selbe scheint die Majorität zu repräsentiren — wurde vorgeschlagen, aus der galizischen Resolution Jenes herauszunehmen, was der Regierung selbst annehmbar erscheine, und dieses dann in dem Reichsrathe als Regierungsvorlage einzubringen. Diesem Antrag stand die Ansicht gegenüber, man solle die Resolution des galizischen Landtages als Antrag des Landtages selbst dem Reichsrathe unterbreiten und es diesem überlassen, jene galizischen Forderungen selbst zu erledigen. Um diese beiden Anträge drehte sich die Kontroverse im Ministerrathe; zu einer Abstimmung hierüber kam es nicht, dieselbe soll jedoch in der demnächstigen Ministerrathssitzung erfolgen. Diesem thatsächlichen Sachverhalte gegenüber erscheint die Meldung des „Czas“, daß der Ministerrath bereits beschlossen habe, die galizische Resolution dem Reichsrathe nicht vorzulegen, zum mindesten verfrüht.

— Am 3. fand beim Duc de Grammont ein diplomatisches Diner statt, dem die Grafen Andrassy und Beust beiwohnten. Man spricht hier davon, daß Andrassy und Beust auf diesem neutralen Boden die Aussöhnung, die sie bereits in der am Neujahrstage abgehaltenen Konferenz angebahnt hatten, besiegelten.

Paris, 7. Januar. Lavalette hat den französischen Gesandten bei den auswärtigen Höfen anempfohlen, nicht ohne seine Ermächtigung gerichtliches Einschreiten gegen ausländische Zeitungen zu veranlassen. — „Etendard“ erklärt es für unwahr, daß Lavalette einen Brief an die Regentschaft in Belgrad gesandt habe. — „Public“ bestätigt, daß die erste Sitzung der Konferenz am Sonnabend stattfinden wird. — „Patrie“ dementirt die Gerüchte, daß die Regierung beabsichtige, in ihrer gegen Rom bisher befolgten Politik Aenderungen eintreten zu lassen.

— „Etendard“ dementirt die Gerüchte über bevorstehende Personalveränderungen in der Besetzung der diesseitigen Gesandtschaften in Berlin, Konstantinopel und Petersburg. Dasselbe Blatt erklärt die Nachricht, daß in Betreff der italienisch-römischen Beziehungen neue Verhandlungen angeknüpft seien, für unwahr. — Die Vollmachten des hiesigen türkischen Gesandten für die Konferenz sind heute eingetroffen.

London, 4. Januar. Das „Gibralta Chronicle“ vom 22. Dezember entwirft eine düstere Schilderung von den Zuständen in Malaga. Viele der geachtetsten Familien, darunter die des Alkalden, haben die Stadt verlassen. Die Kasernen sind geschlossen, die Straßen verödet und die meisten Häuser stehen leer. Die Kanonen, welche das Quartier Trinidad beherrschten, und die vor der Kavalleriekaserne, sind wieder auf ihren alten Plätzen zum Vorschein gekommen. Wie es heißt, soll der kommandirende General abberufen werden. Auch wird mitgetheilt, daß die Mitglieder des mit dem Gouverneur in Konflikt gerathenen Ayuntamiento ihre Resignation eingereicht haben. Außerdem haben die oberen Offiziere der Miliz ihren Abschied genommen, ohne Gründe für diesen Aufsehen erregenden Schritt anzugeben. Die republikanische Presse und vorzüglich „El Pueblo Soberano“ reizt das Volk gegen die Behörden auf, und obwohl deren wüthende Disputationen und blutdürstige Drohungen dem gebildeten Theile der Bevölkerung nur lächerlich erscheinen, befürchtet man dennoch, daß ihr gehässiges Treiben, vereint mit den mächtigen Wirkungen des Malagaweins, die Gemüther der unteren Volksklassen derartig erhitzen dürfte, um den Ausbruch einer Revolution als unvermeidlich erscheinen zu lassen.

— In Pickering Yorkshire versuchte kürzlich ein 13jähriges Mädchen, die Gattin und Familie ihres Dienstherrn, eines Farmers, zu vergiften. Sie hatte zu diesem Behufe den Zucker, der zum Frühstück gebraucht wurde, mit einer Mischung von Brechweinstein und Salpeter, welche auf der Farm zu landwirthschaftlichen Zwecken diente, versetzt. Glücklicherweise war die Dosis nicht stark genug, um den Tod herbeizuführen, und die Familie des Farmers kam mit Erbrechen und unerheblicher Krankheit davon. Von dem Polizeirichter nach den Motiven ihres Verbrechens gefragt, erwiederte das Mädchen, sie habe es aus Rache gegen die beiden ältesten Knaben ihres Dienstherrn gethan, die sie sehr oft böswillig zu necken pflegten. Die jugendliche Giftmischerin wurde vor die Assisen verwiesen.

Warschau, 3. Januar. Die zahlreichen evangelisch-lutherischen und reformirten Gemeinden in Litthauen werden von dem herrschenden Russifizirungs-System nicht minder empfindlich berührt, als die katholische Kirche. Die Mitglieder der ersteren Gemeinden gehören überwiegend dem deutschen, die der letzteren dem polnischen Stamme an, und während bisher in den lutherischen Schulen sämmtliche Unterrichtsgegenstände in deutscher, und in den reformirten in polnischer Sprache vorgetragen wurden, ist jetzt in den Schulen beider evangelischen Bekenntnisse für sämmtliche Lehrgegenstände, selbst für die Religion, die russische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt. Das reformirte Gymnasium in Sluck ist gleichzeitig mit seiner Russifizirung der Inspektion des Vicepräsidenten der evanglisch-reformirten Synode in Wilna, Superintendenten Lipinski, entzogen und unter die Aufsicht des Kurators des Wilnaer Lehrbezirks gestellt worden. Ein anderer schwerer Schlag, von dem die Anstalt bedroht ist, ist die von der russischen Regierung beabsichtigte Aufhebung des mit derselben verbundenen, reich dotirten Konvikts, in welchem ärmeren Schülern freier Unterhalt und freie Lehrmittel gewährt werden. Die für das Slucker Gymnasium und die übrigen reformirten Schulen bestimmte russische Uebersetzung des reformirten Katechismus und anderer reformirter Erbauungsbücher hat im Auftrage der Regierung der als Religionslehrer am Gymnasium fungirende Prediger Bergel angefertigt. Das Manuskript der Uebersetzungen wurde dem Superintendenten Lipinski zur Approbation vorgelegt; doch hat dieser sich dem ihm ertheilten unangenehmen Auftrage durch eine Reise ins Ausland entzogen, von der er noch nicht zurückgekehrt ist. Inzwischen sind die Uebersetzungen auch ohne Approbation in den reformirten Schulen eingeführt worden. — Im Gouvernement Kowno und in andern Gegenden Litthauens ist in Folge des herrschenden Nothstandes der Hungertyphus ausgebrochen, der unter der ärmeren Klasse zahlreiche Opfer fordert. Der General-Gouverneur Potapoff bereist gegenwärtig die von der Epidemie heimgesuchten Gegenden, und regt überall die Bildung von Unterstützungs-Vereinen und die Einrichtung von Lazarethen an.

Konstantinopel, 7. Januar. In Folge von Mittheilungen Lavalette's hat die Pforte eingewilligt, ihrem Vertreter in Paris die Instruktionen telegraphisch zu übermitteln. Die Konferenz wird demnach am 9. Januar zusammentreten.

Pommern.

Stettin, 8. Januar. Der erste diesjährige Termin zur wissenschaftlichen Prüfung für den einjährig freiwilligen Militärdienst wird im Laufe des Monats März d. J. stattfinden. Diejenigen, im Regierungs-Bezirke Stettin wohnenden jungen Leute, welche sich in diesem Termine der Prüfung unterwerfen wollen, haben sich bis spätestens den 1. Februar d. J. bei der Königlichen Departementsprüfungs-Kommission für einjährig Freiwillige unter Vorlegung der erforderlichen Atteste schriftlich anzumelden. Berechtigt zur Zulassung zur Prüfung sind diejenigen jungen Leute, welche das 17. Lebensjahr bereits zurückgelegt, das 20. Lebensjahr aber vor Anfang dieses Kalenderjahres noch nicht vollendet haben. Zum Bestehen der Prüfung ist dasjenige Maß wissenschaftlicher Bildung erforderlich, welches befähigen würde, in den zweiten Jahres-Kursus der zweiten Klasse eines Gymnasii oder einer Realschule erster Ordnung eintreten zu können.

— Das Königl. Kriegsministerium hat bestimmt, daß im Offizierrange stehenden Aerzten des Beurlaubtenstandes, bei einer Einberufung zum Dienste, künftig dieselben Kompetenzen, nach gleichen Grundsätzen gewährt werden, wie solche für die entsprechenden Offizierchargen des Beurlaubtenstandes festgestellt sind. Eben so ist diesen Aerzten für den Fall einer Einberufung ein auf Höhe von 30 Thalern normirtes Equipirungsgeld zugestanden.

— Nach der „Pr. Vers.-Ztschr.“ geht die Regierung mit dem Plane um, in Berlin ein eigenes Versicherungsamt zu errichten. Es soll aus Räthen des Justiz-, Handels-, Landwirthschaftlichen und des Ministeriums des Innern, sowie aus einem Mitgliede des Aeltesten-Kollegiums der dortigen Kaufmannschaft zusammengesetzt werden; der Zweck desselben ist die Erhaltung der Einheit der betreffenden Grundsätze, Schutz des Publikums und Wahrung der Rechte der Versicherungs-Anstalten.

— Die dem Schornsteinfegermeister Fabricius zu Treptow a. R. ertheilte Konzession als Spezial-Agent des zur Beförderung von Auswanderern konzessionirten Hauses Robert Miles Sloman in Hamburg, ist durch Zurücknahme der ihm ertheilten Vollmacht erloschen.

— Von hier aus werden, wie die „Od.-Ztg.“ vernimmt, die Herren Stadtbaurath Hobrecht und Stadtrath Dr. Schür an der freien Konferenz von Mitgliedern der Gemeinde-Vertretungen in Festungen theilnehmen. In Anerkennung der Wichtigkeit der zur Berathung gestellten Angelegenheit haben aus unserer Provinz außer Stettin Vertreter der Gemeinden Kolberg, Swinemünde und Stralsund ihr Erscheinen zugesagt.

— Vom 2. bis 12. September d. J. wird in Hamburg eine große internationale Gartenbau-Ausstellung stattfinden, zu welcher soeben die Einladungen ergangen sind. Die Anmeldungen müssen bis spätestens den 31. Juli d. J. erfolgen. Das Programm liegt bei unserer Redaktion zur Einsicht auf.

— (Schwurgericht 5. Sitzung.) Heute wurden drei Anklagen wegen Diebstahls verhandelt. Zuerst war der erst unlängst aus dem Gefängniß entlassene Arbeiter Ludw. Gierke aus Löcknitz beschuldigt: 1) am 1. April den Stammman Friebeschen Eheleuten hierselbst eine silberne Cylinderuhr, 2) am 13. Juni unter Anwendung eines falschen Schlüssels der Frau Wodtke hier eine silberne Cylinderuhr und Cigarrentasche, 3) am 23. Juni mittelst falschen Schlüssels dem Schuhmacher Zencker eine goldene Cylinderuhr nebst Kette, 4) am 10. Juli dem Schuhmacher Kühne eine silberne Cylinderuhr nebst Haarkette und 5) an demselben Tage den Steindrucker Friedrich'schen Eheleuten ca. 20 Sgr. mittelst Anwendung falschen Schlüssels gestohlen zu haben. Gierke, nur theilweise geständig, wurde von den Geschworenen in allen Punkten für schuldig erachtet und unter Ausschluß mildernder Umstände zu 7 Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. Im zweiten Fall war die unverehelichte Friederike Mielers von hier angeklagt und geständig: 1) am 1. Juni v. J. der Dienstmagd des Hrn. Kuhlmeyer diverse Kleidungsstücke, 2) dem Kaufmann Kantrowitsch 3 Pfd. Butter und 3) am 7. August v. J. der Dienstmagd des Schiffskapitän Ellmann mittelst Eindrückens einer Fensterscheibe diverse Kleidungsstücke entwendet zu haben. Die Angeklagte wurde ohne Zuziehung der Geschworenen unter allseitiger Annahme mildernder Umstände zu sieben Monat Gefängniß und zu ein Jahr Ehrenverlust und Polizeiaufsicht verurtheilt. — Drittens war die unverehelichte Mathilde Schneider aus Rosenfelde bei Bahn beschuldigt und geständig, der Hebamme Knaack hierselbst am 20. August ein Kleid und 2 wollene Röcke unter Anwendung falschen Schlüssels entwendet zu haben. Auch sie wurde ohne Geschworene unter Annahme mildernder Umstände zu 8 Monaten Gefängniß und zu 1 Jahr Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurtheilt.

† **Demmin**, 7. Januar. Nach einer soeben hier eingetroffenen telegraphischen Mittheilung, ist der schlaue Uhrendieb, von welchem vor wenigen Tagen von hier berichtet, in Pasewalk angehalten und zur Haft gebracht. In seinem Besitze befanden sich noch eine der hier erschwindelten Uhren und 2 Ketten, während er die fehlenden drei Uhren und eine Kette bereits in Greifswald versilbert haben will. Ueber seine Person ist festgestellt, daß er der wegen Diebstahls in Franzburg in Strafhaft gewesene und daselbst am 28. Dezember v. J. aus dem Gefängniß entsprungene Cigarrenmacher auch Privatsekretär Fritz Emanuel Jung aus Franzburg gebürtig, wohnhaft zu Stralsund ist, hinter welchen bereits Seitens der Königl. Kreisgerichts-Kommission zu Franzburg ein Steckbrief erlassen war. — Nachdem die Amtsperiode unseres früheren Bürgermeisters Hagemeister am 31. Dezember abgelaufen ist, der zum Nachfolger erwählte Bürgermeister a. D. Rose, nachdem demselben Seitens der Königl. Regierung und dem Königl. Ober-Präsidium die Bestätigung versagt worden immer noch die, Seitens der Stadtverordneten erbetene ministerielle Bestätigung nicht erhalten hat, befindet sich unsere Stadt ohne dirigirendes Haupt. Eingetroffenen Privatnachrichten zufolge, soll die Bestätigung in Berlin nunmehr doch erfolgt sein, man sieht deshalb in allen Kreisen — wenn auch aus entgegengesetzten Gründen — der amtlichen Bestätigung der Nachricht mit größter Spannung entgegen.

Anclam, 7. Januar. In der heutigen diesjährigen ersten Sitzung der Stadtverordneten fand die Wahl des Büreaus für 1869 statt. Die bisherigen Mitglieder desselben, die Herren Wendorff, Dr. Schmidt, Keller und Schönfeld wurden fast einstimmig wiedergewählt.

Vermischtes.

Schönwalde, Kreis Niederbarnim, 5. Januar. Heute Abend gegen 6 Uhr wurde hier in unmittelbarer Nähe der Oberförsterei ein Raubanfall verübt. Der Beraubte, ein Fuhrmann Wetzel aus Gr. Schönebeck, wurde dabei durch einen Pistolenschuß sehr erheblich verwundet, indem die Kugel ihm in die Backe hinein und hinter dem linken Ohr wieder herausgedrungen ist. Auf sein Hülferufen eilte der Oberförster mit zwei Hausbewohnern herbei und machte den Räuber glücklich dingfest. Da Raubanfälle auf der so frequenten Chaussee von Fr. Buchholz bis Baßdorf schon mehrere Male vorgekommen, dürfte die Stationirung eines berittenen Gensdarmen hier in Schönwalde im Interesse des allgemeinen Verkehrs liegen.

Bremerhaven, 31. Dezember. Der norddeutsche Lloyddampfer „Rhein“, Kapitän C. Meyer, welcher hier am Montage von Newyork eintraf, hat die schnellste Reise gemacht, welche seither von einem Dampfer zurückgelegt wurde. Die Dauer derselben beträgt von Newyork bis Cowes 8 Tage 22 Stunden, von Cowes nach Bremen 1 Tag 6 Stunden; gesammte Reisedauer von Newyork nach Bremen somit nur 10 Tage 4 Stunden. Das Schiff brachte 54 Passagiere und volle Ladung. Die Passagiere berichten Folgendes: Die Reise war sehr stürmisch, die See ging hoch, aber das Schiff bewährte sich vortrefflich. In der letzten Nacht raste der Sturm in der Nordsee mit furchtbarer Gewalt. Gegen Morgen (man befand sich in der Nähe der Insel Norderney) gerieth das Schiff an Grund, Stöße erfolgten über Stöße. Das Schiff krachte in allen Fugen, die Passagiere und die Mannschaften eilten auf Deck. Jeder zog sich schon die Rettungsjacke über, denn man glaubte nicht, daß der Dampfer der Gewalt der Wellen würde widerstehen können. Der Kapitän ließ endlich mit ganzer Maschinenkraft arbeiten, da bewegte sich das Schiff wieder vorwärts und erreichte das richtige Fahrwasser. Es hat bedeutenden Schaden erhalten. Der enorme Sturm verhinderte hier die Landung der Passagiere. Das Schiff wurde nach Nordenham gebracht und soll dort einstweilen auf den Schlick gesetzt sein.

Paris. Auf der Kapitänsbrücke eines Dampfers, der von Calais nach Dover fuhr, stand ein Engländer und rauchte pflegmatisch seine Cigarre. Da trat ein liebenswürdiger Franzose, den er öfters in Trouville gesehen und mit dem er einige Worte gewechselt hatte, an den Engländer heran, und nach einem „Freut mich, Sie zu sehen,“ entspann sich unter Beiden folgendes Gespräch: „Ich will nach Brighton“. „Und ich nach London.“ „Denken Sie dort die Saison zu verleben?“ „Das kommt auf die Umstände an. Sie wissen, das Geschäft — —“ „Ach, Sie reisen nicht zum Vergnügen?“ „Nein, ich bringe einen jungen Engländer zu seiner Familie zurück.“ „Sind Sie vielleicht sein Lehrer?“ „Nein.“ „Ich sehe doch Ihren jungen Freund nicht.“ „Er ist unten.“ „So bitten Sie ihn, daß er mit uns dinire.“ „Das ist nicht möglich; er ist todt.“ „Todt?“ „Er liegt in einem Bleisarge. Mein Geschäft ist nämlich, die Leichen nobler Personen, die in Frankreich sterben, zu transportiren und ihren Familien zurückzubringen. Dies Geschäft geht prächtig, und wenn Sie einmal meiner Dienste bedürfen sollten, mein Herr, so — —“. Der Engländer hustete, dankte seinem höflichen Reisegefährten und begab sich, indem er Seekrankheit vorschützte, eiligst in seine Kajüte, aus welcher er nicht eher wieder hervorkam, bis der Dampfer in Dover landete.

Newyork. In Folge der außerordentlichen Leichtigkeit, mit welcher in Amerika Ehen geschlossen werden können, nimmt die Bigamie in diesem Lande wahrhaft erschreckende Proportionen an. Man hat vor Kurzem in Newyork einen gewissen Janett verhaftet, unter der Beschuldigung, drei legitim mit ihm verheirathete und lebende Frauen zu besitzen, welche keine Ahnung von ihren Mitgenossinnen hatten. Der Prediger, welcher die Trauung vollzogen, ist auch verhaftet. Da diesem Don Juan eine Kaution von 10,000 Dollars abverlangt wurde, er dieselbe aber nicht auftreiben konnte, muß er bis zum Austrag der Sache im Gefängniß bleiben. — Es scheint, daß die Geistlichen sich gar nicht nach den Individuen erkundigen, deren Ehebund sie einsegnen sollen, und nicht danach fragen, ob sie etwa schon verheirathet sind oder nicht. — In Westchester County ist ebenfalls ein Mann, der nicht weniger als drei Frauen hat, in dem Augenblicke verhaftet worden, als er die vierte Ehe einzugehen im Begriff war.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Januar. Witterung: trübe, Wind NW. Barometer 28" 7"'. Temperatur + 6 ° R.

An der Börse.

Weizen matter, loco stärker angeboten, pr. 2125 Pfd. ungar. 60–63 Rt, mittel $63\frac{1}{2}$–$64\frac{1}{2}$ Rt, feiner 66–$66\frac{1}{2}$ Rt, gelber inländ. 71–$72\frac{1}{2}$ Rt, extra feiner $72\frac{1}{2}$ Rt, bunter poln. 69–72 Rt, weißer 73–75 Rt, 83–85pfd. pr. Januar 71 Rt Br., Frühj. 71–$71\frac{1}{4}$ Rt bez., 71 Rt Br. u. Gd., Mai-Juni $71\frac{3}{4}$ Rt Br.

Roggen, Termine matter, loco behauptet, per 2000 Pfd. loco 52–$52\frac{1}{2}$ Rt, Kleinigkeiten und extra feiner 53 Rt bez., pr. Januar 52 Rt Br., Frühjahr $52\frac{1}{4}$, 52 Rt bez., 52 Gd., Mai-Juni 53–$52\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Gd., Juni-Juli $53\frac{7}{8}$, $\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Gd.

Gerste stiller, pr. 1750 Pfd. loco ger. ung. 42 bis $43\frac{1}{2}$ Rt, bessere 44–$45\frac{1}{2}$ Rt, feine 48–$49\frac{1}{2}$ Rt, Märker nach Qualität 50–$54\frac{1}{2}$ Rt, schles. pr. Frühjahr 69–70 Pfd. $49\frac{1}{2}$ Rt Br. u. Gd.

Hafer behauptet, pr. 1300 Pfd. loco 34–35 Rt, 47–50pfd. Frühj. $35\frac{1}{4}$ Rt bez.

Erbsen still, per 2250 Pfd. loco Futter- $56\frac{1}{2}$ bis 57 Rt, Koch- 58–$59\frac{1}{2}$ Rt.

Mais loco $65\frac{1}{2}$, 66 Sgr. pr. Ctr. bez. u. Gd.

Wicken pr. 2250 Pfd. loco 53–55 Rt.

Rüböl wenig verändert, loco $9\frac{1}{3}$ Rt Br., Januar $9\frac{1}{4}$ Rt Br., $9\frac{1}{6}$ Gd., April-Mai $9\frac{7}{12}$ Rt Br., $9\frac{1}{2}$ Gd., Septbr.-Oktbr. $9\frac{5}{6}$ Rt Br. u. Gd.

Spiritus fester, loco ohne Faß $15\frac{1}{2}$ Rt bez., per Januar-Februar $15\frac{5}{12}$ Rt bez., Februar-März $15\frac{13}{24}$ Rt bez., Frühjahr $15\frac{19}{24}$ Rt bez. u. Br., Juni-Juli $16\frac{1}{3}$ Rt bez.

Angemeldet: 100 Centner Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen 71, Roggen 52, Rüböl $9\frac{1}{6}$, Spiritus $15\frac{5}{12}$.

Stettin, den 8. Januar.

Hamburg	6 Tag.	$150\frac{5}{8}$ bz
"	2 Mt.	150 B
Amsterdam	8 Tag.	142 G.
"	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 $24\frac{3}{8}$ bz
"	3 Mt.	6 $22\frac{7}{8}$ B
Paris	10 Tg.	$81\frac{1}{12}$ bz
"	2 Mt.	$80\frac{3}{4}$ B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %
Sts.-Anl.5457	$4\frac{1}{2}$	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—
" "	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
" Prior.	4	—
" "	$4\frac{1}{2}$	—
Starg.-P. E.A.	$4\frac{1}{2}$	—
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{2}$
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	$114\frac{3}{4}$ B
Pr. See-Assecuranz	4	100 G
Pomerania	4	119 B
Union	4	109 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	96 B
Germania		101 B
Vulkan		140 B
St. Dampfmühle	4	110 B
Pommerensd. Ch. F.	4	205 B
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	100 B
Grabow Stadt-Obl.	5	98 B